

„ICH HÖRE IHRE SORGEN, TEILE SIE ABER NICHT.“

DAS FRÜHJAHRSFEST VON KZBV UND BZÄK IN ZEITEN DER BUDGETIERUNG

In den meisten KZVen sind die Abrechnungsergebnisse des Jahres 2023 ausgewertet. Die Überschreitungen der wieder strikt budgetierten Gesamtvergütung stehen fest. Mit Sorge sehen die Zahnärztinnen und Zahnärzte in den Körperschaften und ebenso in den Praxen auf das Jahr 2024. Es ist nicht verwunderlich, dass dieses Thema das traditionelle Frühjahrsfest von KZBV und BZÄK bestimmte.

Den äußeren Rahmen stellte erneut die Landesvertretung Baden-Württemberg, deren Leiter die Gäste begrüßte und gleich das zweite große Thema des Abends ansprach und der Zahnärzteschaft die Unterstützung des Landes Baden-Württemberg bei der Regulierung von iMVZ versicherte.

Der Vorsitzende der KZBV Martin Hendges wies in seinem Grußwort darauf hin, dass die KZBV und auch er persönlich nach wie vor den Anspruch haben, Gesundheit zu gestalten. Er wies auf die Erfolge zahnärztlicher Prävention hin und auch darauf, dass die Zahnärzteschaft aus eigenem Antrieb eine funktionierende Digitalisierung in Angriff genommen habe. Auch die besondere Berücksichtigung der Bedarfe vulnerabler Gruppen und die Sicherung einer nachhaltigen Versorgungsstruktur stellte er heraus.

Der Blick in die Zukunft fiel allerdings nüchterner aus. Wende man den Blick der Gesundheitspolitik zu, so müsse man feststellen, dass Minister Lauterbach und die Ampelkoalition mit einem großen Kostendämpfungsgesetz in diese Legislaturperiode gestartet sind. Hendges machte deutlich: „Es lässt sich nüchtern festhalten: Seit diesem Gesetz ist bei uns im Sinne der Versorgung nichts passiert. Rein gar nichts! Wir stecken in der Kostendämpfung fest! Insoweit kann und will ich auch gar nicht die massive Unzufriedenheit im Berufsstand und unsere tiefe Enttäuschung verschweigen.“

Das GVSG, so Hendges weiter, biete die Chance, noch in diesem Jahr die schlimmsten Auswirkungen insbesondere auf die Parodontitistherapie zu verhindern. Hierzu ebenso wie zu der vom Minister angekündigten Regulierung von iMVZ sei

„Wende man den Blick der Gesundheitspolitik zu, so müsse man feststellen, dass Minister Lauterbach und die Ampelkoalition mit einem großen Kostendämpfungsgesetz in diese Legislaturperiode gestartet sind.“



aber im Referentenentwurf nichts zu lesen. Man dürfe sich nicht von den „billigen Forderungen der Investoren einlullen [lassen], Transparenz allein wäre schon ausreichend“.

Es sei an der Zeit, durch die Schaffung von Motivation und Anreizen anstatt mit Sanktionen Gesundheitspolitik zu machen, um dem zahnärztlichen Nachwuchs und denen, die die Versorgung heute aufrechterhalten, die Freude am Beruf nicht durch überbordende Bürokratie, fehlende Planungssicherheit und eine versorgungsferne Digitalisierungsstrategie zu nehmen.

Auch in diesem Jahr hatte der Bundesgesundheitsminister offenbar Besseres zu tun, als den Zahnärzten persönlich Rede und Antwort zu stehen und entsandte stattdessen seine parlamentarische Staatssekretärin Sabine Dittmar, die im Anschluss an Martin Hendges ein Grußwort an die Anwesenden richtete. Sie lobte die Erfolge der Zahnärzteschaft und die Verdienste um die Mundgesundheit. Die von KZBV, BZÄK und auch den zahnmedizinischen Fachgesellschaften eingebrachten Versorgungskonzepte hätten wesentlich dazu beigetragen, die Prävention in der zahnmedizinischen Versorgung auf ein neues Niveau zu heben. „Dafür gebührt Ihnen, die zu der Entwicklung und der Verbreitung dieser Versorgungskonzepte beigetragen haben, ein großer Dank“, so Sabine Dittmar. Die Erkenntnis aber, dass bloßer Dank nicht ausreicht, um die

Versorgung aufrechtzuerhalten, war offenbar nicht vorhanden. „Ich höre Ihre Sorgen,“ so die Staatssekretärin, „teile sie aber nicht.“ An den Abrechnungsdaten der Krankenkassen sei erkennbar, dass die Versorgung trotz der notwendigen Sparmaßnahmen aufrechterhalten bleibe. Ob sie sich dabei auf Fallzahlen oder die Vergütung bezog, blieb offen. Das Dilemma der Zahnärzteschaft, Patienten unversorgt zu lassen oder die Leistungen nur teilweise vergütet zu bekommen, war aber wohl nicht im Fokus.

Nach dieser ernüchternden Begrüßung war es am Präsidenten der Bundeszahnärztekammer, Prof. Dr. Christoph Benz, das letzte Grußwort des Abends zu sprechen. Er nahm die anstehende Europawahl zum Anlass und beleuchtete die Bedeutung, die das Europarecht mittlerweile für die deutsche Zahnärzteschaft hat. Nicht nur das aus seiner Sicht unnötige Amalgamverbot, sondern auch die großen Problemfelder Bürokratieabbau, Digitalisierung, Fachkräftemangel und nicht zuletzt die Kommerzialisierung der Zahnmedizin sind auf der europäischen Ebene angekommen. Er schloss mit dem Appell, an der Europawahl teilzunehmen.

Mit etwa 350 Gästen aus Politik, Körperschaften, Verbänden und anderen Akteuren im Gesundheitswesen bereicherten viele anregende Gespräche den Abend. ■